



Kein gutes Klima für den Klimaschutz

Die USA nehmen vielleicht zum letzten Mal am UNO-Gipfel in Bangkok teil



Demonstranten gestern vor dem Bangkok UNO-Konferenzgebäude. Die Industriestaaten sollen zu mehr Engagement aufgefordert werden. Foto Keystone

CHRISTIAN MIHATSCH, Bangkok

Seit gestern diskutieren Tausende von Klimadiplomaten und -experten in Bangkok. Sie sollen Verwaltungen schaffen, um die internationale Klimapolitik besser zu koordinieren.

Wenn sich das Klima um mehr als zwei Grad Celsius erwärmt, drohen katastrophale Auswirkungen auf Umwelt und Menschen. Mit den derzeit vorgesehenen Klimaschutzmassnahmen ist aber mit einer Erwärmung von 3,9 Grad zu rechnen. Noch sind die Klimaverhandlungen also weit von ihrem Ziel entfernt.

Wenn sich die Klimadiplomaten nun in Bangkok zur ersten Konferenz in diesem Jahr treffen, werden die unzureichenden Klimaschutzanstrengungen aber nur ein Thema unter vielen sein. Im Zentrum

stehen diesmal institutionelle Fragen.

DREI PFEILER. Bei der Konferenz im mexikanischen Cancun Ende vergangenen Jahres hatte man sich darauf geeinigt, drei Institutionen zu schaffen: Einen «Green Fund» für die Verwaltung von Geld für den Klimaschutz sowie für den Schutz vor den Folgen der Erderwärmung. Ausserdem soll ein Mechanismus vereinbart werden, der Entwicklungsländern den Zugang zu klimarelevanten Technologien ebnet. Und als Drittes soll ein Forum gegründet werden, wo Länder ihre Massnahmen zur Anpassung an die Erderwärmung koordinieren können.

Diese Institutionen brauchen Statuten, Sekretariate, Aufsichtsgremien und Geld. Sie können das Klima nicht ret-

ten, aber ohne derartige Verwaltungen lässt sich auch keine international koordinierte Klimapolitik umsetzen.

Das Klima retten können nur die Staaten, aber hier hat sich seit Cancun wenig Positives getan: Die einzige Ausnahme ist China. Dort hat der Volkskongress – das chinesische Pseudo-Parlament – in seinem neuen Fünf-Jahres-Plan eine Obergrenze für den Energieverbrauch festgelegt. Dies war überraschend, da sich Peking bislang immer geweigert hatte, seiner schnell wachsenden Wirtschaft bestimmte Grenzen zu setzen. In Europa hingegen herrscht nach wie vor Uneinigkeit über das Emissionsziel für das Jahr 2020. Bislang soll der CO₂-Ausstoss bis dann um 20 Prozent im Vergleich zum Stand von 1990 gesenkt werden.

Da die Emissionen aber schon heute 17 Prozent niedriger sind als 1990, gilt dieses Ziel als wenig anspruchsvoll.

HÖHERE ZIELE. Verschiedene EU-Länder wollen daher die Latte höher legen und eine Emissionsreduktion von 25 oder 30 Prozent vereinbaren. Und ganz schwierig sieht es in den USA aus: Vergangenen Mittwoch hat US-Präsident Obama zwar angekündigt, die Ölimporte innerhalb «von etwas mehr als einem Jahrzehnt» um ein Drittel zu senken. Welche Klimawirkung diese Massnahme hat, ist aber unklar.

Denn zum einen soll die einheimische Ölförderung ausgebaut werden, und zum anderen setzt Obama weiter auf Biosprit. Dieser hat aber nicht nur verheerende Auswirkungen auf die Nahrungsmittel-

preise, sondern ist oft auch klimaschädlicher als Benzin aus Erdöl. Gleichzeitig versuchen die Republikaner der US-Umweltschutzagentur EPA das Recht zu nehmen, CO₂ zu regulieren. Und schliesslich findet sich im Budgetvorschlag der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus die Streichung der Mittel für das Amt von Todt Stern. Stern ist der Leiter der amerikanischen Delegation bei den Klimaverhandlungen.

Setzen sich die Republikaner durch, wird Stern künftig nicht mehr bei internationalen Verhandlungen dabei sein. Unter diesen Umständen klingen die Worte von Christiana Figueres, der Chefin des UN-Klimasekretariats, wie eine Besschwörung: «Die Regierungen müssen den Schwung von Cancun aufrechterhalten.»

nachrichten

Sonova-Insiderhandel weitet sich wohl aus

BADEN. Nach Recherchen der Zeitung «Sonntag» sind in den Insiderhandel beim Hörgerätehersteller Sonova mindestens sieben der neun Geschäftsleitungsmitglieder verwickelt. Dies ergebe sich aus dem Abgleich zwischen der Handelsdatenbank der Börse SWX und den Angaben zum Wertpapierbesitz des Sonova-Managements. Vergangene Woche waren Verwaltungsratspräsident Andy Rihs, Firmenchef Valentin Chapero und Finanzchef Oliver Walker wegen Verletzung der Börsenvorschriften zurückgetreten. isa

Italien will Auslandsübernahmen abwehren

ROM. Italien plant die Einrichtung eines Staatsfonds, um strategisch wichtige Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland zu schützen. Als Beispiel für die Konstruktion diene der französische Fonds Stratégique d'Investissement (FSI), sagte Finanzminister Giulio Tremonti. Der Mechanismus soll der Verteidigung von Unternehmen wie dem Milchzeuger Parmalat dienen, der sich gegen die Übernahme durch den französischen Konkurrenten Lactalis wehrt. SDA

Novartis hofft auf Chinas Versicherungen

ZÜRICH. Novartis-Chef Joe Jimenez hat sich nach einem Treffen mit Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao zufrieden über dessen Bekräftigung der Pläne für den Ausbau der Krankenversicherung bis 2020 gezeigt: «Für uns als Unternehmen mit einer geplanten Milliardeninvestition ist dieses Bekenntnis sehr beruhigend», sagte Jimenez in einem Interview der «NZZ am Sonntag». Die Abdeckung durch chinesische Krankenkassen sei leicht ausgeweitet worden und es sollte weitere kleine Verbesserungen geben. isa

Helvetic baut Stellen um ein Drittel aus

ZÜRICH. In diesem Jahr will die Fluggesellschaft Helvetic 50 neue Stellen schaffen. Das Unternehmen sei im «expansiven Modus», sagte der Besitzer Martin Ebner in einem Interview der Zeitung «Sonntag». Wachstumschancen bestünden bei den Charterflügen. Aktuell hat die Fluggesellschaft, die sechs Flugzeuge betreibt, rund 150 Mitarbeitende. SDA

ANZEIGE

WUFF!

bäadele
schääre
kralle-
schnyyde

Im Hundesalon
vom Tierschutz beider Basel.
061 378 78 01
www.tbb.ch

EZB steuert auf Zinswende zu

Bankexperten gehen auch von weiteren Zinsschritten im Jahresverlauf aus

REINHARD BECKER (REUTERS)

Nach Jahren mit rekordniedrigen Zinsen stehen die Hüter des Euro nächste Woche vor einer Wende.

Der seit Mai 2009 auf 1,0 Prozent verankerte Leitzins wird nach der Sitzung des Rats der Europäischen Zentralbank (EZB) am kommenden Donnerstag wohl Geschichte sein. Experten sind sich einig, dass die europäischen Notenbanker ihn wegen der Inflationsgefahren um einen viertel Prozentpunkt anheben werden – trotz Japan-Krise und Spannungen im Nahen Osten.

Die traditionell eher vorsichtige EZB reagiert damit weit rascher als die Geldpolitiker in Grossbritannien und den USA, die dem kontinentaleuropäischen Beispiel erst mit gebührendem Abstand folgen dürften. Letzte Zweifel an der Entschlossenheit der EZB dür-

fen ein Blick auf die jüngsten Inflationsdaten in der Euro-Zone beseitigen: Die Teuerungsrate ist im März auf 2,6 Prozent gestiegen und damit der EZB-Stabilitätsmarke von knapp zwei Prozent weit enteilt.

ÖLPREIS TREIBT INFLATION. «Damit scheint eine Anhebung durchaus gerechtfertigt – zumal sich vor allem aufgrund der Ölpreisentwicklung kein Rückgang der Inflationsrate in den kommenden Monaten abzeichnet», meint Thilo Heidrich von der Deutschen Postbank. Auch für den Commerzbank-Experten Michael Schubert ist die Zinswende ausgemachte Sache: «Es sei denn, die Lage in Japan und an den Finanzmärkten eskaliert.»

Die deutschen Privatbanken halten es für durchaus möglich, dass die EZB

angesichts der Inflationsrisiken noch dieses Jahr nachlegen wird, wie der Hauptgeschäftsführer des Dachverbandes, Michael Kemmer, sagt: «Die EZB ist hier hellwach.»

Allerdings dürfte sich EZB-Präsident Jean-Claude Trichet an der Medienkonferenz nach der Zinssitzung noch nicht in die Karten blicken lassen. Mit dem altbewährten Credo «Wir legen uns niemals vorab fest» dürfte er allzu forsche Fragen nach dem weiteren Kurs unbeantwortet lassen.

Umso mehr achten die Experten auf die kleinen Nuancen: «Je stärker die EZB an der Sitzung betont, dass eine Normalisierung der Geldpolitik notwendig ist, desto stärker signalisiert sie, dass weitere Zinsanhebungen wahrscheinlich sind», wie Schubert von der Commerzbank sagt.

ANZEIGE

Besuchen Sie uns an der **Frühlingsausstellung** vom 8. – 10. April 2011

DER KIA SORENTO. JETZT MIT 7 JAHREN GARANTIE!

NEW Sorento ab CHF **41'950.-**

7 JAHRE KIA GARANTIE

EMIL FREY AG Autocenter Münchenstein Grabenackerstrasse 10, 4142 Münchenstein 061 416 45 45, www.emil-frey.ch/muenchenstein